

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

#### **auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Lars Herrmann und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/17598 –**

#### **Förderung Bundesfachstelle „Linke Militanz“**

##### Vorbemerkung der Fragesteller

Der Politologe und Historiker M. L. trat als Referent auf dem 14. Bundeskongress politische Bildung 2019 der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zum Thema „Besorgt, ängstlich und wütend: Emotionale Rezeptionen gesellschaftlicher Umbrüche“ auf (<https://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/277645/sektion-5-besorgt-aengstlich-und-wuetend-emotionale-rezeptionen-gesellschaftlicher-umbrueche-schumann-saal>). 2009 wirkte M. L. im Sinus-Forschungsprojekt „Milieusensible Umweltpolitik“ im Auftrag des damaligen Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) mit (<http://www.demokratie-goettingen.de/mitarbeiter/wissenschaftliche-mitarbeiter/michael-luhmann>). Seit 2017 ist M. L. Mitarbeiter der Bundesfachstelle „Linke Militanz“ des Göttinger Instituts für Demokratieforschung. Diese Bundesfachstelle wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert (<http://www.demokratie-goettingen.de/forschung/projekte/bundesfachstelle-linke-militanz>).

Am Tag der Wahlen zum Sächsischen Landtag am 1. September 2019 schrieb M. L. auf seinem öffentlichen Twitter-Profil: „Jeder dritte männliche Wähler in Sachsen hat mutmaßlich Scheiße im Kopf (weil er entweder ein Drecksnazi ist oder weil er glaubt, eine Drecksnazipartei wählen zu müssen, ohne ein Nazi sein zu wollen). #Meine Meinung“ (Screenshot: <https://twitter.com/AntikerTa/status/1168636439015374848>). Später löschte er diesen Beitrag, was M. L. in zwei Beiträgen wie folgt begründete: „Habe einen sehr heftigen Tweet von gestern gelöscht, nicht weil ich der Meinung bin, es falsch getroffen zu haben mit der Motivlage für die Wahl der AfD und der Zustandsbeschreibung (sic!) männlicher AfD-Wähler, sondern weil er zu viel braunen Mist in die TL spült. #Transparenzweet“ (<https://twitter.com/HerrLuehmann/status/1168390192333541381>). „Nochmal: Ich habe mich gestern zu einem emotionalen Tweet hinreißen lassen, den ich hätte analytischer ausdrücken sollen: Deshalb nochmal analytischer: Jeder dritte Mann in Sachsen wählt rechtsextrem, weil er es ist oder weil er denkt, er sei es nicht – und es dennoch tut.“ (<https://twitter.com/HerrLuehmann/status/1168427872995958785>).

Der Zeitung „Neues Deutschland“, die laut Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/8310 gelegentlich linksextremistische Bezüge aufweist, gab M. L. ein am 18. Oktober 2018 veröffentlichtes Interview, in dem er Einblicke in das Verhältnis zwischen seiner Forschungsstelle und der radikalen Linken gibt: „Dann sollen zwei Mitarbeiter [des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, Anmerkung der Fragesteller] in einem besetzten Haus in Göttingen gewesen sein. Die beiden Kollegen waren zuvor auf einer Demo gewesen, auf der dazu aufgerufen worden war, zu dem besetzten Haus weiterzuziehen. Die Kollegen sind dem gefolgt, weil sie das Anliegen teilten, das Haus für Geflüchtete zur Verfügung zu stellen. Die Kollegen haben sich dort nicht dienstlich aufgehalten, sondern privat, weil sie das Projekt unterstützen wollten.“ „Wir als Forscher beschäftigen uns aber nicht ausschließlich mit der Gewaltfrage. Damit delegitimiert man radikale linke Positionen. Die radikale Linke ist mehr als das.“ (<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1103542.goettinger-institut-fuer-demokratieforschung-forschung-und-keine-ausforschung.html>). Im „Neuen Deutschland“ veröffentlichte M. L. zudem eigene Artikel (<http://www.demokratie-goettingen.de/mitarbeiter/wissenschaftliche-mitarbeiter/michael-luhmann>).

1. Mit Fördersummen in welcher Höhe wird die Bundesfachstelle „Linke Militanz“ seit wann durch das BMFSFJ gefördert (bitte nach Jahr der Bewilligung, Zusagen und tatsächlichen Kosten aufschlüsseln)?
2. Welche konkreten Ziele sollen mit der Förderung der Bundesfachstelle „Linke Militanz“ auf welche Weise erreicht werden?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen wurde im Rahmen der ersten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ab dem 1. Juli 2017 mit dem Projekt Bundesfachstelle „Linke Militanz“ gefördert. In der zweiten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ab dem 1. Januar 2020 wird das Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen als Kompetenzzentrum „Linker Extremismus“ gefördert. Die im Bundesprogramm geförderten Kompetenznetzwerke und Kompetenzzentren haben die Aufgabe, themenbezogene Expertise für die bundesweite Fachpraxis in ihrem Themenfeld bereitzustellen und weiterzuentwickeln, in dem sie fachbezogene Inhalte sammeln und aufbereiten, Fachveranstaltungen und -austausche, insbesondere zu aktuellen Herausforderungen und zur Unterstützung von Professionalisierungsprozessen organisieren und durchführen. Sie leisten fachliche Beratung, entwickeln bundesweit verfügbare Informationsmaterialien, Arbeitshilfen und andere Handreichungen und qualifizieren Fachpersonal bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu fachlichen Themen, pädagogischen Handlungsansätzen und Methoden. Auch unterstützen sie den Transfer von erfolgreichen Arbeitsansätzen in Bundes-, Landes- und kommunale Strukturen.

Folgende Fördersummen wurden bewilligt:

Haushaltsjahr 2017: 142.922,48 Euro

Haushaltsjahr 2018: 285.924,80 Euro

Haushaltsjahr 2019: 297.143,73 Euro

Haushaltsjahr 2020: 397.810,74 Euro.

3. Sieht die Bundesregierung die Erreichung der Ziele durch die Mitwirkung von M. L. und seinen Kollegen gefährdet?

Wenn nein, warum nicht?

4. Sieht die Bundesregierung ein Risiko, dass die Forschungsergebnisse der Bundesfachstelle „Linke Militanz“ und deren Bedeutung für die Präventionsarbeit gegen Linksradikalisierung durch die aus Sicht der Fragesteller weit linken politischen Positionen von M. L. und seinen Kollegen negativ beeinflusst werden könnten (bitte begründen)?

Die Fragen 3 und 4 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung sieht ein solches Risiko nicht. Die Zielerreichung sowie die Einhaltung fachlicher Standards bei geförderten Projekten werden im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung, der begleitenden Erfolgskontrolle und der Verwendungsnachweisprüfung nachgehalten.

5. Wie lauten die bisherigen Forschungsergebnisse von „Linke Militanz“?

Wenn „Linke Militanz“ noch keine Forschungsergebnisse vorweisen kann, zu welchem Zeitpunkt ist mit deren Publikation zu rechnen?

Eine Liste der bisherigen Publikationen der Bundesfachstelle „Linke Militanz“ findet sich auf der projekteigenen Webseite unter folgendem Link: [www.linke-militanz.de/publikationen/](http://www.linke-militanz.de/publikationen/). Einzelne Publikationen stehen hier direkt zum Download bereit.

6. Wie bewertet die Bundesregierung die Forschungsarbeit „Milieusensible Umweltpolitik“, die im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) erstellt wurde?
  - a) Mit Fördersummen welcher Höhe wurde das Forschungsprojekt durch das BMU unterstützt (bitte nach Jahr der Bewilligung, Zusagen und tatsächlichen Kosten aufschlüsseln)?

Der Titel des Forschungsprojektes lautete: Repräsentativumfrage zu Umweltbewusstsein und Umweltverhalten 2008; Förderzeitraum: 10/2007-06/2009; Gesamtausgaben: 301.215 Euro, aufgeschlüsselt nach Jahren: 2007: 8.000 Euro; 2008: 230.000 Euro, 2009: 63.215 Euro.

- b) Welche Ziele verfolgte das BMU mit der in Auftrag gegebenen Studie?

Seit Anfang der 1990er Jahre lassen das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und das Umweltbundesamt das Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der Deutschen untersuchen. Die Befragung ist repräsentativ für die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 18 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland. Neu in dieser Studie war die systematische Verzahnung aller erhobenen Daten mit den Lebenswelten der Menschen. Dazu wurde in die Erhebung ein ganzheitliches Gesellschafts- und Zielgruppenmodell integriert, das neben der sozialen Lage auch die Wertorientierungen und die Lebensstile der Menschen abbildet: die sog. Sinus-Milieus. Die Sinus-Milieus ersetzen soziodemographische Differenzierungsmerkmale nicht, sondern ergänzen und verfeinern sie. Sinus-Milieus können mit soziodemographischen Merkmalen (Geschlecht, Alter, Bildung, Einkommen, Region u. a.) so-

wie Einstellungs- und Verhaltensmerkmalen (zu Umwelt, Konsum, Gerechtigkeit u. a.) kombiniert werden.

- c) Wurden diese Ziele nach Kenntnis der Bundesregierung erreicht?

Ja.

- d) Sieht die Bundesregierung die wissenschaftliche Zuverlässigkeit der Studie durch die Mitwirkung von M. L. und seinen Kollegen an ihr in Frage gestellt?

Die Forschungsinstitute wurden im Rahmen des Umweltforschungsplans in einem Ausschreibungsverfahren nach einem festgelegten Kriterienkatalog ausgewählt. Die Gewährleistung der Einhaltung wissenschaftlicher Grundsätze ist eine Voraussetzung für eine wissenschaftlich basierte Beratung der Politik in der Ressortforschung. Das Projekt wurde vom Umweltbundesamt fachlich-inhaltlich begleitet, bewertet und abgenommen.

7. Auf welche Summe belaufen sich die Kosten für den 14. Bundeskongress für politische Bildung der Bundeszentrale für politische Bildung im Jahr 2019?

Die Kosten beliefen sich auf 478.000 Euro.

- a) Nach welchen Kriterien hat die Bundeszentrale für politische Bildung ihre Referenten für diese Veranstaltung ausgewählt?

Die Auswahl der Referenten erfolgte im Konsens zwischen den drei Veranstaltern Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), Bundesausschuss Politische Bildung (BAP), Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) und folgte den Prinzipien des Beutelsbacher Konsens.

- b) Wie viele der Referenten waren nach Kenntnis der Bundesregierung Vertreter oder Mitarbeiter welcher politischen Parteien, Parlamentsfraktionen, parteinahen Stiftungen oder Bundes- oder Landesregierungen (bitte nach einzelnen Parteien, Fraktionen, Stiftungen und Regierungen aufschlüsseln)?

Es handelt sich um drei Personen, die allerdings nicht als Vertreter dieser Organisationen eingeladen wurden, sondern aufgrund ihrer Expertise zu einem bestimmten Thema:

Eine Person; Rosa-Luxemburg-Stiftung;

Eine Person; Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung;

Eine Person; Sächsisches Staatsministerium für Gleichstellung und Integration.

- c) Hat die Bundesregierung bei der Personalauswahl der Referenten darauf geachtet, dass diese möglichst unterschiedlichen politischen Strömungen angehören, um das demokratische Spektrum abzubilden, und wenn ja, inwiefern?

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 7a und 7b verwiesen.

- d) Wie bewertet die Bundesregierung die Teilnahme von M. L. als Referent an dem Bundeskongress?

Die Bundesregierung bewertet nicht die Teilnahme einzelner Personen an Veranstaltungen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 7a verwiesen.

8. An welchen weiteren Forschungsprojekten, Studien und Veranstaltungen im Auftrag von oder finanziert durch Bundesbehörden hat M. L. aktiv als Forscher, Referent oder Redner mitgewirkt (bitte nach Projekten bzw. Studien bzw. Veranstaltungen, Bundesbehörde, Fördersumme, Zeitraum aufschlüsseln)?

Gemäß Datenschutzgrundverordnung ist die Bundesregierung gehalten keine personenbezogenen Daten weiterzugeben.





